

Laibacher Zeitung.

Nr. 66.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 12, halbj. fl. 6.50. Für die Anstalt im Hause halbj. 60 kr. Mit der Post ganzl. fl. 16, halbj. 7.50.

Mittwoch, 23. März.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 20 kr., größere per Zeile 6 kr., bei öfteren Wiederholungen der Zeile 3 kr.

1881.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 14. März d. J. den Hofrath der Statthalterei in Innsbruck Dr. Victor Bozzi zum Ministerialrath im Ministerium für Cultus und Unterricht allergnädigst zu ernennen und demselben bei diesem Anlasse den Titel und Charakter eines Sectionschefs allergnädigst zu verleihen geruht. Conrad-Eybeschfeld m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 7. März d. J. den außerordentlichen Professor Dr. Horaz Krasnopolski zum ordentlichen Professor des österreichischen Civilrechtes an der Universität Prag allergnädigst zu ernennen geruht. Conrad-Eybeschfeld m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 18. März d. J. dem Bergverwalter der Innerberger Hauptgewerkschaft Johann Heigl in Eisenerz in Anerkennung seiner fünfzigjährigen vorzüglichen Thätigkeit bei dem Bergbaue das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Erkenntnisse.

Das k. k. Landesgericht als Pressgericht in Graz hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnis vom 8. März 1881, Z. 4376, die Weiterverbreitung der in Budapest erscheinenden Zeitschrift „Der Osten“ Nr. 6 vom 6. März 1881 wegen des Artikels „Socialistischer Weltcongrès von 1881“ nach den §§ 300, 302 und 305 St. G. verboten.

Das k. k. Kreisgericht als Pressgericht in Görz hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnis vom 4. März 1881, Z. 1306, die Weiterverbreitung des in der Itärianischen Buchdruckerei in Görz gedruckten Auftrages vom 26sten Februar 1881 mit der Aufschrift „Concittadini!“ und mit der Unterschrift „Molti Cittadini“ nach § 300 St. G. verboten.

Nichtamtlicher Theil.

Se. Majestät der Kaiser haben, wie die „Klagenfurter Zeitung“ meldet, für die durch Brand heimgeführten Bewohner der Drißchaft Welden 1000 fl.; ferner, wie die „Brünner Zeitung“ meldet, den Gemeinden Jezov, Labud und Skalka zum Schulbaue

300 fl. und der Gemeinde Mühlstraun zur Kirchenrestauration 120 fl. zu spenden geruht.

Se. Majestät der Kaiser haben, wie das „Prager Abendblatt“ meldet, den Gemeinden Hodkow, Lipna und Krasnowitz zum Schulbaue eine Unterstützung von 200 fl. zu spenden geruht.

Aus Petersburg.

Die hie und da aufgetauchte Sorge, dass die Nihilisten den Anlaß der am 19. d. M. stattgehabten Ueberführung der Leiche Kaiser Alexanders II. (worüber bereits ausführlich telegraphisch berichtet worden) zur Fortsetzung ihrer verbrecherischen Thaten benützen würden, hat sich glücklicherweise als unbegründet erwiesen. Mittlerweile geben sich die internationalen Helfershelfer der Nihilisten zu Paris, Genf, London und Newyork in einer Weise, dass allgemeine Repressivmaßregeln kaum zu vermeiden sein werden. Die cynische Frechheit, mit welcher Rochefort und die Pariser Communards, wie die Hasselmann und Most, die Petersburger Blutthat zu glorificieren suchen, übersteigt in der That alles bisher Dagewesene. Sieng doch Hasselmann, früher Mitglied des deutschen Reichstages, auf einem zur Feier des Petersburger Mordes gegebenen Bankett in Newyork gar so weit, direct zur Ermordung des deutschen Kaisers aufzufordern. Es ist wahrlich kein Wunder, wenn angesichts solch' wahnwitzigen Treibens die „Agence Russe“ eine „gemeinsame Action der Mächte gegen den gemeinsamen Feind“ in Aussicht stellt.

Ueber das schreckliche Attentat berichtet ein Augenzeuge, der Secondelieutenant Rudakowski vom Leibgarde-Reservebataillon, im „Golos“ noch Folgendes: „Als ich mich, von der Parade zurückkehrend, der Theaterbrücke näherte, hörte ich einen heftigen Knall und stürzte der Stelle zu. Athemlos vom Laufen, kam ich und noch ein Officier des Preobraschensky'schen Regiments dem Kaiser, den ich nicht erkannte, da er mit dem Rücken zu mir stand, auf etwa zehn Schritte nahe und fragte: „Wie steht es mit dem Kaiser?“ Se. Majestät wendete sich um und sagte, sich bekreuzigend: „Gott sei Dank, ich bin unverletzt, doch hier...“ Neben der Kutsche lag ein verwundeter Kosak; nahe dabei schrie ein verwundeter Knabe. Als der bereits ergriffene Verbrecher die Worte des Kaisers hörte, bemerkte er: „Vielleicht auch nicht, Gott sei Dank!“

„Wer ist es?“ fragte der Kaiser. Jemand antwortete, es sei der Kleinbürger Grjasow. Der Revolver, welcher ihm aus der Hand gewunden wurde, rauchte noch. „Ich habe noch davon“, sagte er; er wurde untersucht, und man fand in seiner Tasche einen Dolch. Das auf der anderen Seite des Kanals versammelte Volk rief, dass man vom Zaun aus geschossen habe. Ich lief auf die herankommende Wache zu und befahl, das Thor mit den Flintenkolben einschlagen, das geschah denn auch, ich selbst aber kehrte zum Kaiser zurück, welcher unterdessen etwa 20 Schritte längs des Kanalgeländers weitergegangen war in Begleitung des Obersten Dworschepki. Ich war etwa 10 bis 12 Schritte von ihm entfernt. Da erfolgte plötzlich ein furchtlicher Krach. Eine Rauchwolke und Kleidersephen hüllten für einige Secunden alles umher ein. Ein Schrei des Entsetzens tönte von dem anderen Kanalufer herüber. Der Kaiser war gefallen. Zugleich mit mir lief der Stabs capitän Nowikow herzu und die Matrosen, die anderen bemerkte ich nicht. Als wir den Kaiser vom Boden erhoben, sahen wir, dass seine Beine ganz entblößt waren, das Fleisch hieng in Fetzen herab, der eine Fuß war ganz abgerissen.“

Der Gemeinderath von Moskau hat beschlossen, dem verewigten Kaiser ein Monument im Kreml zu errichten.

Der Polizeipräsident Feodorow wird seines Postens enthoben und durch Baranow, einen ehemaligen Marine-Officier und gegenwärtigen Präfecten in Kowno, ersetzt werden. Die Voruntersuchung gegen die Attentäter ist beendet; als Staatsanwalt wird Murawjew fungieren, derselbe, der in der Hartmann-Affaire nach Paris beordert worden war.

Die Rede des Freiherrn von Pfaltzern in der Grundsteuerfrage im Herrenhause.

(Fortsetzung.)

Nachdem auch die sohin befragten Herren aus Galizien zugestimmt hatten, wurde dem gefassten Beschlusse gemäß hierüber ein Antrag im Comité gestellt. Der Antrag wurde angenommen und sohin die Regierung erjucht, auf Grundlage dieser Summen und nach dem Verhältnisse, welches die erste Lehnung im Innern der Länder hergestellt hatte, die Tarife umzuarbeiten, um sie dann als Basis für die zweite Lehnung entgegenzunehmen. Ich bemerke hier noch, dass

Fenilleton.

Erna.

Novelle von Harriet.

(10. Fortsetzung.)

„O Kindeselend, wie erschließt du In wenig Worten oft ein Paradies Von Unschuld uns und reiner Frömmigkeit!“ R. Reineck.

Fast zwei Wochen waren vergangen seit den letzten schweren Ereignissen in dem Forsthaue. Auch in Greifenstein hatte man diese Zeit nicht angenehm zurückgelegt. Zwischen dem Gutsherrn und seinem Stiefbruder väterlicher Seite, Max Ernau, hatte niemals ein inniges Verhältniß geherrscht; der letzte traurige Vorfall gab dem losen Bande eine vollständige Lösung. Der Gutsherr hatte stets geglaubt, Max sei vermählt, und nun kam dieses Verhältniß ans Tageslicht, das bei seinen streng sittlichen Anschauungen das schwerste Vergehen in sich schloß, dessen ein Mensch sich nur schuldig machen kann. Nach einer heftigen Scene zwischen den Brüdern verließ Max Ernau sofort das Gut, um nie wieder seinen Fuß in dasselbe zu setzen.

Wie der Schatten nur langsam dem Lichte weicht, so liegt eine Gemüthsregung oft wochen- und wochenlang schwer auf der Seele, auch wenn der Gegenstand, der sie geweckt, längst entfernt ist. Die Verstimmung über die tragischen Erlebnisse in dem Forsthaue lag auf sämtlichen Gemüthern, auch Hugo schien darunter zu leiden; seine Züge waren ernster denn je und seine herbe Verschlossenheit prägte sich doppelt schwer in seinem Antlitze aus. Er hatte seit jener Mondnacht nicht wieder die Quelle aufgesucht, die ein sanftes Trosteslied seinem getäuschten Herzen sang.

Heute endlich zog ihn ein unbestimmtes Gefühl der Sehnsucht nach der Waldschlucht. Nach dem letzten schweren Gewitter hatte sich der Herbst seine vollen Rechte erworben. Leise wehte sein Trauerlied von Sterben und Vergehen durch die Natur, es greift stets in das Menschenherz und macht es bange schlagen. Gedankenversunken schritt der junge Mann durch den Wald; erst in der Schlucht angelangt, belebte sich sein ganz nach innen gefehrter Blick, er fiel auf Erna, die neben der Quelle saß und einen Eritranz focht.

„Wir haben uns lange nicht gesehen“, sagte Hugo, nachdem er eine volle Minute schweigend vor ihr gestanden. Sie hob den Blick, es lag ein schwerer, düsterer Ausdruck darin. „Und ich habe so Schreckliches in dieser Zeit durchgemacht“, war die Antwort. Ernas Antlitz beugte sich wieder über den Kranz. Es war eine Liebespende für das Grab der Mutter, ihr Wunsch, an demselben beten zu können, hatte sich erfüllt, doch in der traurigsten Art. Nun lag ein Schatten mehr auf ihrer freudenleeren Jugend, der die schönsten Blumen fehlten: das Glück und der Frohsinn.

„Ja, Sie haben Schweres durchgemacht, viel zu Schweres für Ihre Jugend“, wiederholte der junge Mann.

Erna antwortete nicht, aber zwischen ihre fein gezeichneten Brauen legte sich eine tiefe Falte. Wie ein schneidender Riß entstellte sie das schöne Antlitz der Sechzehnjährigen.

„Als wir uns das letztmal sahen“, begann sie endlich, den Blick mit scheuem Ausdruck auf Hugo heftend, „da wußte ich nicht, dass meine Mutter noch lebte. Sterbend kam sie in unser Haus. Ich weiß nicht, was sie und den Vater einst getrennt; es mußte wohl Furchtbares gewesen sein, denn er wollte nicht, daß ich sie Mutter nannte, ich weiß aber nur das Eine, daß ich unter den Verhältnissen innerlich zu-

grunde gehe. Ich kann die Last des Schmerzes nimmer mehr ertragen, sie drückt mir das Herz ab.“

Erna legte die Hände vor das Antlitz und ihre zarte Gestalt erbehte unter tiefster Seelenqual. Da legte sich ein Arm leicht um ihren schlanken Leib, da berührten warme Lippen ihre Finger und eine volle, tiefe Männerstimme sagte: „Ich will Ihr brüderlicher Freund sein!“

Erna ließ die Hände von dem Gesichte sinken, ihr Auge begegnete Hugos Blick, der sich wie ein warmer Sonnenstrahl in ihr einsames, verlassenes Herz senkte. „Das Leben hat mir so qualvolle Enttäuschungen gebracht, daß ich nichts mehr von demselben hoffe und erwarte“, fuhr er fort, „aber seit ich hier an der Quelle in ein reines Menschenauge geblickt, hat das Dasein einen kleinen Trost für mich.“

Ein Moment legte sich sein Arm noch fester um die Mädchengestalt, dann gab er sie frei. Er mußte in dem dunklen Auge wohl die Erfüllung seines Wunsches gelesen haben. Der müde, schwere Ausdruck war aus Ernas Blick geschwunden, es leuchtete darin ein Strahl der Freude auf, wie ihn nur eine verheißende Glückshahnung dem Blicke entströmen läßt. Etwas von dieser Glückshahnung lag auch in Hugos Zügen. Jedenfalls dachte er in diesem Augenblicke, wo er Erna seine Bruderliebe anbot, nicht an den Herbst und sein Sterbelied.

Es raschelte plötzlich in dem dichten Gestrüpp, und ehe sich die beiden fassen konnten, stand Oldendorf neben ihnen. Sein Auge ruhte mit durchbohrendem Ausdruck auf dem jungen Manne, während Erna mit einem leisen Schreckensrufe emporprang.

„Heißt das die Zeit einsam an dem Waldquell verträumen?“ In seiner Stimme lag ein drohender Klang. „Wer sind Sie? Und wie können Sie es wagen, mit meiner Tochter Zusammenkünfte zu pflegen?“

(Fortsetzung folgt.)

bei der Umarbeitung der Summen durch die Regierung diese an den von der Versammlung acceptierten Summen auch ihrerseits Abänderungen vorgenommen hat, welche sie der Commission und dem Comité gegenüber zu vertreten für gut befunden hat. In der zweiten Lesung, zu welcher schon geschritten wurde, wurden nicht unbedeutende Abänderungsanträge gestellt, es wurde debattiert, theilweise angenommen, theilweise verworfen, und nachdem die zweite Lesung beendet war, wurde zur dritten geschritten, bei der auch noch behufs Ausgleichung an einzelnen Landesgrenzen kleinere Abänderungsanträge gestellt wurden, mit einem Worte: es wurde die dritte Lesung nicht minder sorgfältig, wenn auch nicht mit jenem enormen Zeitaufwande wie die früheren, aber immerhin eingehend gepflogen.

Nachdem das Comité mit der dritten Lesung fertig war und somit seine Aufgabe gelöst hatte, trat die Centralcommission in pleno zusammen, um über diese Anträge des Comité zu berathen und zu beschließen. In diesen Berathungen wurden auch noch die Petitionen ihrer Erledigung zugeführt, welche, an das hohe Abgeordnetenhaus gelangt, von diesem an die Centralcommission abgetreten worden waren.

Ich erlaube mir nur, mich auf die ohnedies in den officiellen Blättern erschienenen Berichte über die Sitzungen der Centralcommission zu berufen, und kann mich begnügen, zu constatieren, daß in der Centralcommission die Vorschläge des Achtzehner-Comité durchwegs angenommen wurden, und zwar mit allen Stimmen, glaube ich, gegen die von Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark. Gegen diesen Beschluß der Centralcommission ist nun ein Sturm von Reclamationen hereingebrochen, von Reclamationen, von denen das Gesetz allerdings nicht gewußt hat und weiß und für deren Behandlung das Gesetz den Anhaltspunkt nicht bietet. Es sind dies Reclamationen äußerst bedenklicher Natur, wenn sie dahin führen, daß die Regierung und die Vertretungskörper daraus einen Anlaß nehmen, etwa Änderungen an dem mühsam zusammengebrachten Werke der Centralcommission vorzunehmen, weil diese Änderungen — ich spreche da meine vollste Ueberzeugung aus — nur zu Verschlechterungen führen würden.

Ich kann, glaube ich, so viel als dargethan ansehen, daß die Vorgänge der Centralcommission bei Ausführung ihrer Arbeit nichts Tadelnswerthes, nichts Gesetzwidriges und wohl auch nichts Unzweckmäßiges enthalten haben, nichts, was geeignet wäre, irgend ein Land in was immer für einer Hinsicht gegenüber einem anderen Lande zu benachtheiligen oder zu bevorzugen; und wenn ich nunmehr diesen Theil meiner Auseinandersetzung abschließen, kann ich nur die eine Versicherung abgeben, daß nach unser aller tiefster, innigster Ueberzeugung die Tariffätze, welche die Centralcommission beschlossen hat, der vollkommen richtigen und zutreffenden Ausdruck der Verhältnismäßigkeit sind, in welcher die Ertragsfähigkeit der Kronländer untereinander steht. Wenn nun dem ungeachtet geklagt wird und insbesondere von einzelnen Ländern die schwersten Klagen geführt werden, die sich eigentlich darauf gründen: wir können nicht mehr Steuern zahlen und uns sind mehr Steuern aufgebürdet worden — so hat die Centralcommission das volle Recht, die Verantwortung hierfür vollkommen abzulehnen. Das war ihre Aufgabe nicht; sie hatte nur die Verhältnismäßigkeit der Ertragsfähigkeit der einzelnen Länder gegenüber den anderen richtig herzustellen; auf die Berücksichtigung der Wirkung der Besteuerung hatte sie gar keinen Einfluß, im Gegentheil, es war ihr durch das Gesetz ausdrücklich verboten. Wenn es mir gestattet ist, so will ich den § 5 vorlesen, welcher in seinem letzten Alinea lautet (liest):

„Die auf den Grundstücken haftenden Lasten und Abgaben, dann die damit verbundenen Rechte bleiben gleichfalls außer Betracht.“

Wir durften auf die Steuern keine Rücksicht nehmen, haben auch nicht Rücksicht darauf genommen; und die Beurtheilung der Frage, ob ein Land die Tangente an Steuern nicht tragen könne, welche es nach dem Verhältnisse, welches die jetzt aufgestellten Classificationstarife hervorbringen, trägt, kam gar nicht der Centralcommission zu, sondern kommt der Regierung zu, welche, wenn sie dieselbe in einem nicht entsprechenden Sinne innerhalb des Machtkreises ihrer Executive beantworten kann, den Weg an die Vertretungskörper zu gehen hat. Die Centralcommission trifft keine Verantwortung, und sie durfte dafür keine Abhilfe treffen.

Ich glaube nun darauf übergehen zu können, daß ich mich ausspreche über die Tarifierung jener Länder, deren richtige Beurtheilung in dem Berichte der verehrten Commission angezweifelt wird, und da sind in hervorragender Weise die Kronländer Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark behandelt. Ich bin da in der Lage, die Vertheidigung der Tarife der Centralcommission in einer äußerst einfachen Weise zu führen.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Lage.

Die Animosität, welche die „Neue freie Presse“ noch vor kurzem gegen die Börse zur Schau trug, weil letztere keine Miene machte, auf das jeweilige Commando aus der Fichtegasse die Rentencurse fallen und die Nordbahn-Actien steigen zu lassen, scheint bereits geschwunden zu sein. Wenigstens tritt heute das genannte Blatt anlässlich der Discussion der Börsensteuervorlage mit einem Feuereifer für die Börse ein, als hätte es nie gegen den „Stumpfsinn“, die „blöde Curstreiberei“ und den „mangelnden politischen Sinn“ des Geldmarktes ganze Breitseiten losgelassen. Wir wollen für den Augenblick die Gründe nicht untersuchen, welche zur Belehrung der „Neuen freien Presse“ beigetragen haben mögen, glauben jedoch einer Entkräftung ihrer gegen die geplante Börsensteuer vorgebrachten Einwendungen umso mehr überhoben zu sein, als ja ein der „Neuen freien Presse“ gesinnungsverwandtes Organ erst vor wenigen Tagen die Bestimmungen über die Börsensteuer als „ziemlich maßvoll“ bezeichnet und überdies erklärt hat, von denselben keine schädliche Rückwirkung auf den Coullissenverkehr zu befürchten.

Hören wir übrigens, wie sich ein unbefangenes auswärtiges Journal, die „Schlesische Zeitung“, über die Börsensteuervorlage ausspricht. „Wenn man bedenkt — so läßt sich das genannte Blatt aus Wien schreiben — daß der Börsenbesucher in Wien nun statt 75 fl. etwa 112½ fl., also 37½ fl. pro anno mehr bezahlt; daß der übliche achtstägige Creditvorschuss für 10,000 fl. sich um 0.18 pCt. für die Institute erhöht; daß endlich die Schlussettel, die oft Schlüsse bis zu Hunderttausenden umfassen, mit 5 kr. (!) besteuert werden, so begreift man das Betergelchrei der Börsenorgane wahrlich nur schwer. Beziffern doch dieselben Blätter den Effectenverkehr der Wiener Börse mit 800 Millionen, während die Steuer auf etwa 100,000 fl. Gesamttertrag geschätzt wird. Oder soll der Börsen-„Erwerb“ allein auch das Monopol der völligen Steuerfreiheit genießen?“

Die „Elbe-Zeitung“ schreibt: „Die Börse hat die Bestimmungen der Gebühreneuvelle, welche sich auf die Besteuerung des Börsenverkehrs beziehen, ziemlich gleichgiltig aufgenommen und dadurch jene Blätter desavouiert, welche über eine empfindliche Beeinträchtigung des Börsenverkehrs jammerten. Man braucht nur die betreffenden Bestimmungen zu lesen, um zu erkennen, daß das reelle Geschäft möglichst geschont wird; zudem trifft die Steuer solche, welche in der Lage sind, dieselbe zu leisten, ohne viel davon zu verspüren. Kaum eine zweite Steuer dürfte im Volke solchen Anklang finden wie diese, und wenn auch einzelne Börsenblätter dagegen eifern, so werden sie die Bevölkerung gewiß nicht überzeugen, daß die Steuer ungerecht oder inopportun sei. Und in dem Verhalten der Börse selber liegt gewissermaßen die Anerkennung der Nothwendigkeit der Besteuerung und der Rücksichtnahme, welche die Regierung in der Vorlage walten ließ; denn wie z. B. die „D. Ztg.“ gestand, hatte man viel schärfere Bestimmungen erwartet.“

Der glänzende Erfolg der Subscription auf die jüngste Milliarden-Anleihe in Frankreich giebt der „Morgen-Post“ Veranlassung zu folgenden Bemerkungen: „Jeder Franzose, sei er nun Bauer oder Graf, Kaufmann oder Bankdirector, legt seine Gelder in heimischer Rente an, und es ist für jeden Franzosen geradezu eine Ehrensache, Gläubiger des Staates zu sein. Wollte Gott, es herrschten bei uns zu Lande gleiche Ansichten, die nämlichen Ueberzeugungen! Aber leider müssen wir in unserem Oesterreich die Wahrnehmung machen, daß sich das heimische Publicum lieber erotischen Unternehmungen zuwendet, als daß es sich dem an den öffentlichen Credit appellierenden Staate zur Verfügung stellt. Das ist weder patriotisch noch opportun. Wenn das inländische Kapital an unseren Renten lebhafteren Antheil nähme, würden dieselben nicht erst auf die Zeiten einer exorbitanten Geldabundanz haben warten müssen, um ihre gegenwärtigen Curse zu erreichen, und Oesterreich würde es nicht nöthig gehabt haben, im Auslande Geld aufzunehmen, um die Bedürfnisse des Staates zu bestreiten.“

Bei der Reichsrathswahl in den Landgemeinden Lemberg-Jaworow-Grodek siegte der polnische Candidat Gutbesitzer Abrahamowicz mit beträchtlicher Stimmenzahl über den ruthenischen Domherrn Szwedzicki.

Vom Reichsrathe.

126. Sitzung des Abgeordnetenhanfes.

Wien, 19. März.

Der Herr Präsident Dr. Smolka eröffnet um 11 Uhr die Sitzung.

Auf der Ministerbank: Se. Exc. der Herr Ministerpräsident und Leiter des Ministeriums des Innern Graf Taaffe, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. Freiherr v. Biernialkowski, Graf Falkenhayn, Dr. Pražák, Freiherr v. Conrad-Ehresfeld, WM. Graf Welfersheimb und Dr. R. v. Dunajewski. — Auf der Bank der Re-

gierungsvertreter: Sectionschef Edler v. Posanner-Ehrenthal und Ministerialrath Huber.

In der Fortsetzung der Specialberatung über das Gebäudesteuergesetz wurde der § 15, welcher für einzelne Städte und Provinzen Uebergangsperioden bis zum Eintritte der vollen Steuerpflicht festsetzt, einer längeren Berathung unterzogen. Abg. Wildauer beantragte die Ausdehnung der Uebergangsperiode für Tirol und Vorarlberg auf 15 Jahre, Abg. Teuschl eine 15jährige Uebergangsperiode für Triest, Abg. Naberger eine 12jährige Uebergangsperiode für Triest sammt Gebiet, während Abg. Lienbacher folgende Uebergangsperioden vorschlug: Für Salzburg und Zara 3 Jahre, für Czernowitz 5 Jahre, für Dalmazien und Salzburg 10 Jahre, für Triest 11 Jahre. Für Tirol und Vorarlberg sei die Hauszinssteuer durch 3 Jahre gar nicht umzulegen und dann eine Uebergangsperiode von 19 Jahren zu normieren. Diesem Vorschlage gemäß beantragt Abg. Lienbacher die entsprechende Aenderung des in den einzelnen Uebergangsjahren einzuhebenden Steuerprocentes. Mit Rücksicht auf diese Anträge tritt der Steuerausschuß zu einer Sitzung zusammen, und beschließt derselbe folgende Änderungen: Für Zara ein Jahr, für Salzburg 2 Jahre, für Czernowitz 5 Jahre, für Dalmazien 10 Jahre, für Triest 13 Jahre. Die Hauszinssteuer sei in Tirol durch 3 Jahre gar nicht umzulegen und dann ein Uebergangsstadium von neunzehn Jahren festzusetzen, ebenso in Tirol und Vorarlberg für die Hauszinssteuer eine Uebergangsperiode von 12 Jahren. Dieser neue Ausschussantrag wird angenommen. Der Rest des Gesetzes wird ohne Debatte genehmigt und sodann die Sitzung geschlossen. — Nächste Sitzung Dienstag.

Aus Budapest

wird unterm 20. d. Mts. berichtet: Am Schlusse der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhanfes vom 17ten März beantwortete Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident v. Tisza die Interpellation Helys in betreff der griechischen Frage. Er erblickt einen Widerspruch darin, wenn der Interpellant verlangt, daß der Friede auf jeden Fall zu wahren sei, andererseits aber den Wunsch ausdrückt, daß andere mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Aufrechterhaltung der Neutralität gezwungen werden. Die Regierung müsse sich aber solcher Aeußerungen besonders enthalten, denn wenn sie sagt, daß sie keine Zwangsmittel anwenden wolle, werde man nicht viel auf ihr Wort geben, wenn sie aber erklärt, daß sie alle Mittel aufgeben werde, so übernehme sie hiedurch die Ehrenpflicht, eventuell auch vor dem Kriege nicht zurückzuscheuen. Der Minister des Aeußern habe seinen Standpunkt schon im vergangenen Herbst dahin präcisiert, daß sein Bestreben dahin gerichtet war und dahin gerichtet sein werde, im Einverständnisse mit den übrigen Mächten Europas dahin zu wirken, daß der Friede womöglich überhaupt nicht gestört werde (Beifall rechts) und daß, wenn dies nicht zu erreichen wäre, dies doch auf die Verhältnisse der europäischen Mächte zu einander keine unerwünschte, den Frieden störende Rückwirkung ausübe. (Beifall rechts.) Das zwischen den europäischen Mächten bestehende Einverständnis lasse hoffen, daß wenigstens dieses letztere auch im schlimmsten Falle zu erreichen sein werde. Mehr lasse sich insbesondere über die in Schwere befindlichen Verhandlungen nicht sagen, weil dies auch die Rücksicht für die übrigen Mächte verbiete und weil dies auch leicht den angestrebten Zweck: die Erhaltung des Einverständnisses zwischen den Mächten und somit auch die Erhaltung des Friedens gefährden könnte. (Zustimmung rechts.)

Wie der „Pressburger Zeitung“ von wohlinformierter Seite berichtet wird, hat die hier stattgehabte Conferenz der hochwürdigsten Herren Bischöfe keine Eingabe an die Krone wegen des § 53 des Vergehensgesetzes beschlossen, sondern nur eine Eingabe an den Minister des Innern vereinbart.

Vom Ausland.

Das „Journal de St. Pétersbourg“ bemerkt über das bereits telegraphisch mitgetheilte und schreiben über die Politik des Kaisers Alexander III., es führe eine loyale Sprache, welche überall verstanden und gewürdigt werden wird; denn es ist die Sprache des Patriotismus und der Vernunft. Man weiß nunmehr, daß die Regierung des Kaisers Alexander III. eben so fest wie diejenige seines erhabenen Vorgängers, daß außen eine gerade und loyale Politik befolgen wird, sie sich einzig und allein dem Bestreben widmen wird, dem Volke die Wohlthaten des Friedens zu erhalten und den Wohlstand der Millionen von Unterthanen, welche dem Scepter Sr. Majestät unterstehen, zu entwickeln.

Die „Agence Russe“ meldet: Die Verhandlungen in der türkisch-griechischen Frage drehen sich gegenwärtig einerseits um die Peneusfluß-Linie als Grenzscheide zwischen Thessalien und Mazedonien, nebst Kreta als Compensation für Prevesa.

Aus Paris, 21. März, wird gemeldet: In einer von französischen politischen und literarischen

Notabilitäten an ihre Freunde in England zugunsten der Boers gerichteten Adresse heißt es: „Die Boers sind nicht allein Söhne Hollands, des alten Alliierten Frankreichs, sondern auch Abkömmlinge der durch das Edict von Nantes vertriebenen französischen Protestanten. Außer der Blutverwandtschaft besteht zwischen beiden auch Gedankenverwandtschaft. Die Boers vertreten das geheiligte Princip des neuen Rechts, des Rechts der Völker, über sich selbst zu verfügen und keine Herrschaft zu dulden, der sie nicht zugestimmt haben.“ Die Freunde in England werden beschworen, die englische Regierung zur Pacification zu ermahnen. Unter anderen haben diese Adresse unterzeichnet: Victor Hugo, Henri Martin, Legouvé, Renan, Schoelcher, Carnot.

Den „Daily News“ zufolge hat die englische Regierung den Boers folgende Friedensbedingungen angeboten: Ernennung einer Untersuchungskommission, Rückkehr der Boers in ihre Heimat, Aufrechterhaltung der englischen Garnisonen im Transvaal. Der italienische Kriegsminister Milan ist gestorben. Er gehörte der Geniewaffe an, war Generalmajor und infolge seines leidenden Zustandes schon seit einiger Zeit durch einen Stellvertreter ersetzt.

Aus Rom

Schreibt man der „Pol. Corr.“ unterm 15. d. M.: Die ausgezeichnete Aufmerksamkeit, welche der Papst sowohl wie Cardinal Jacobini und die anderen Würdenträger des Vaticanus den russischen Großfürsten Sergius und Paul während ihres Aufenthaltes in Rom bei jeder Gelegenheit bewiesen, wurde hier sehr bemerkt. Nichtsdestoweniger ziehen sich die zwischen dem heil. Stuhle und der russischen Regierung schwelenden Unterhandlungen ebenso wie die zwischen ersterem und Berlin, von denen man sich anfänglich so günstige Ergebnisse versprach, sehr in die Länge, was keinesfalls ein vielversprechendes Vorzeichen ist. Herr Wossolow, der gegen Ende Dezember oder etwas später zur Führung der Unterhandlungen mit dem heil. Vater in Rom hätte eintreffen sollen, ist bis zur Stunde noch nicht angelangt. Es ist demnach nicht wahrscheinlich, daß der Papst schon beim nächsten, für Ende März angekündigten Consistorium in der Lage sein wird, Bischöfe für die erledigten Sitze in Polen zu ernennen, und dürfte daher diese Ernennung erst bei dem im Juni stattfindenden Consistorium erfolgen.

In dem nächsten Consistorium wird, wie man versichert, kein ausländischer Cardinal creiert werden. Der Erzbischof Mac Cobe von Dublin soll erst nach glücklicher Ueberwindung der Schwierigkeiten seiner augenblicklichen Situation die bezeichnete Kirchenwürde erlangen.

Man versichert, daß die päpstliche Allocution beim nächsten Consistorium die Frage der Reorganisation der katholischen Hierarchie in Bosnien und der Herzegowina zum Gegenstande haben werde.

Tagesneuigkeiten.

— (Neue Regiments-Inhaber.) Wie die „Militär-Zeitung“ mittheilt, wird bereits das nächste „Armee-Berordnungsblatt“ die kaiserliche Verfügung enthalten, bezuzufolge der neue Bar zum Oberst-Inhaber des für immerwährende Zeiten den Namen Alexander I. führenden 2. siebenbürgischen Infanterieregiments, sowie des 11. galizischen Ulanenregiments, deren Chef der ermordete Bar war, ernannt wird. Das 61. ungarische Infanterieregiment, welches seit dem Jahre 1865 den Namen des Barowsky führte, soll dem jüngeren Bruder des jetzigen Kaisers, Großfürsten Sergius, verliehen werden.

— (Eine Expedition aus Oesterreich.) Eine Expedition, welche in den nächsten zehn Monaten ganz Nordamerika zu bereisen gedenkt, um die Gefahr der agrarischen und industriellen Production Amerikas für das begonnene Decennium durch sorgfältiges Studium an Ort und Stelle zu ermitteln und festzustellen, bestehend aus dem Grafen G. Andrássy (Neffe des frühern Ministers), Grafen Ernst Selys, Baron Gabriel Gudenus, Dr. A. Mayer und (wie das „Vaterland“ berichtet), den Brüdern Grafen Geza und Imre Szecsenyi, ist am 5. März vormittags auf dem Schiffe „Britannic“ der „White Star Line“ in Newyork angekommen, nachdem sie am 24. Februar, nachmittags 4 Uhr 45 Minuten, Liverpool verlassen hatte. Die Expedition hat reichlich Empfehlungen an angesehenen Geschäftsleute in Newyork, Philadelphia und Baltimore, wird die Korn- und Fleisch-Exporteinrichtungen, sowie das Einwandererwesen in Newyork zunächst studieren, dann nach Philadelphia und den Minendistricten Pennsylvaniens und von da nach Florida gehen, um den Süden Amerikas noch in den Monaten März und April zu bereisen.

— (Militärische Studien.) Das französische Kriegsministerium beschäftigt sich gegenwärtig, wie der „Gaulois“ meldet, mit Zusammenstellung einer militärischen Mission, bestehend aus Officieren der Gendarmen, Artillerie und Cavallerie, welche die vorzüglichsten Hauptstädte Europas besuchen und die militärischen

Einrichtungen der betreffenden Länder studieren wird. Diese Mission wird besonders die Militärschulen Oesterreichs, Russlands und Deutschlands zum Gegenstand ihrer Studien machen.

— (Eine Weltausstellung in Rom.) Einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ zufolge hat sich in Rom am 18. d. Mts. unter dem Vorsitze des Fürsten Gabriel aus einflussreichen Männern ein Comité für eine von 1885 bis 1886 in Rom abzuhalten Weltausstellung gebildet. Der Herzog von Aosta ist zum Ehrenpräsidenten proclamirt worden und somit die Ausstellung beschlossene Sache.

— (Ein Theater abgebrannt.) In Modena ist Freitag abends das Teatro Alliprandi niedergebrannt. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt. Ein Verlust von Menschenleben scheint nicht zu beklagen zu sein. Das Theater war alter Construction, mit einer Holzdecke.

— (Zum Attentat in Petersburg.) Der Nihilist, welcher mit einem Frauenzimmer in der kleinen Sadowajastraße die Bude eines Käsehändlers mietete und dort die inzwischen gefundene Mine legte, welche dazu bestimmt war, den Kaiser zu tödten, falls er am Sonntag auf dem gewöhnlichen Wege heimgekehrt wäre, soll nebst seiner Gefährtin in Kronstadt verhaftet worden sein. Hier hatte sich derselbe unter dem Namen Kobeseff bei der Polizei eintragen lassen; es wird indessen bezweifelt, daß dies sein wirklicher Name war.

— Der „Lancet“ unterzieht die Ursachen des Todes des verstorbenen Kaisers von Rußland einer eingehenden Kritik. Das Fachblatt schreibt: Die unmittelbare Todesursache war Verblutung. Dies ist eine höchst bedauernde Phase des Falles. Sobald ärztliche Hilfe beschafft war, wurden ohne Zweifel solche Maßregeln ergriffen, die thöricht waren, um den Blutfluß aufzuhalten, aber es verstrich lange Zeit, ehe diese Hilfe geleistet wurde. Es scheinen keine Aerzte zur Hand gewesen zu sein, was in Anbetracht der beständigen Gefahr, welcher der Kaiser ausgesetzt war, ein völlig unerklärlicher Umstand ist und niemand aus der Umgebung Sr. Majestät scheint mit den gewöhnlichen Maßregeln zur temporären Hemmung des Blutflusses vertraut gewesen zu sein.

— (42 Jahre im Irrenhaus.) In der Irrenanstalt Zwiefalten (Württemberg) starb letzte Woche im Alter von 72 Jahren ein Better des Schriftstellers Berthold Auerbach, der Lehrer Jakob Auerbach aus Nordstetten an der Horez, nachdem er 42 Jahre in der Anstalt zugebracht.

— (Tunnel von Dover nach Calais.) Die Arbeiten für den projectirten Tunnel von Dover nach Calais haben solche befriedigende Fortschritte gemacht, daß dessen Urheber, Oberst Beaumont und Capitän Englich, vom königlichen Geniecorps jetzt im Stande sind, drei Abtheilungen Arbeiter 24 Stunden hindurch beständig zu beschäftigen und sich der Hoffnung hingeben, täglich 30 Fuß auszubenten, nachdem sämtliche Maschinen verbessert worden sind. Der Durchstich mißt sieben Fuß im Durchmesser und führt durch Kalkboden. Derselbe ist so stark, daß die Ingenieure Mauerarbeit oder Cementierung für überflüssig halten. Bis jetzt bestand die zu überwindende Hauptschwierigkeit in den Quantitäten von Wasser, die ihren Weg in den Durchstich fanden und durch eine mächtige Maschine ausgepumpt wurden, welche an der Mündung des zum Tunnel führenden Schachtes angebracht ist. Ein neuer Schacht ist durch den Shakespeare-Cliff getrieben worden, der nach seiner Vollendung ungefähr 200 Fuß tief sein wird.

— (Bevölkerung Schwedens.) Nach der amtlichen Statistik hatte das Königreich Schweden am Schlusse des vorigen Jahres eine Bevölkerung von 4.578.901 Einwohner. Von diesen sind 2.228.855 männlichen und 2.350.046 weiblichen Geschlechtes. In den Städten wohnten 15 pCt., auf dem flachen Lande 85 pCt. Von den 90 Städten des Reiches zählte eine einzige über 100.000 Einwohner: Stockholm mit 173.433 Bewohnern. Die nächstgrößten Städte sind Göteborg mit 76.761, Malmö mit 36.676 und Norrköping mit 27.387 Einwohnern. Außer diesen Städten zählen noch 8 über 10.000 Einwohner, 18 zwischen 5000 und 10.000 Einwohner, 29 zwischen 2000 und 5000, 18 zwischen 1000 und 2000 und 13 unter 1000 Einwohner. Die Bevölkerung der Städte hat gegen die Landbevölkerung seit dem Jahre 1875 um 1 pCt. zugenommen.

Locales.

— (Militär-Personalveränderungen.) Dem Lieutenant Franz Hecht des 7. Jägerbataillons wurde die angesuchte Ablegung der Officierscharge bewilligt. — Der militärärztliche Eleve I. Klasse in der Reserve Dr. Josef Rónai des Garnisonsspitals Nr. 2 in Wien wurde zum Oberarzte in der Reserve beim 19. Jägerbataillon befördert.

— (Ein interessantes Document.) Die Urkundensammlung des krainischen Landesmuseums in Laibach erhielt diesertage eine sehr wertvolle Bereicherung durch ein aus den ersten Jahren des ersten Jahrhunderts stammendes höchst interessantes Document. Es

ist dies nämlich die vom deutschen Kaiser Heinrich II. im Jahre 1004 erlassene Schenkungsurkunde über die dem Bisthum Brigen verliehene Herrschaft Belbes in Oberkrain. Das selbstverständlich in lateinischer Sprache abgefaßte und auf Pergament kunstvoll geschriebene Document ist noch vollkommen wohl erhalten und trägt den Namenszug des Kaisers in einer völlig modern erscheinenden Monogrammsform; das angehängte Siegel, einen wilden Mann in grünem Wachsabdrucke darstellend, ruht in einer großen Kapsel, letztere ist leider etwas lädiert. Die Schenkungsurkunde befand sich ursprünglich im Bisthumsarchive zu Brigen, wurde jedoch zur Zeit, als Tirol unter bairischer Herrschaft stand, von den Baiern nach München vertragen und erst mehrere Jahre später wieder dem Bisthum über dessen Ansuchen — angeblich nur leihweise — überlassen, da letzteres das Document in einer Besitzstreitigkeit zur Erweiterung seiner Rechtsansprüche auf Belbes benötigte. Im Jahre 1850 wurde die Herrschaft Belbes, nachdem sie inzwischen seit dem Abzuge der Franzosen aus Krain durch längere Zeit als Staatsgut behandelt, endlich aber wieder dem Bisthum rückerstattet worden war, von letzterem an die Familie Ruard verkauft. Der im Jahre 1838 begonnene große Waldbenützungsproceß zwischen der Herrschaft Belbes und der freiherrlichen Familie Bois lief indes noch fort und wurde bekanntlich erst im Jahre 1880, somit nach 42jähriger Dauer, durch einen Spruch des Obersten Gerichtshofes zugunsten der Familie Bois entschieden. Innerhalb dieser langen Zeit befand sich das Document in den Acten und wanderte je nach den Stadien, welche der äußerst verwickelte Proceß durchzumachen hatte, in den verschiedenen Kanzleien umher. Nach Beendigung desselben kam es mit den übrigen Acten in den Besitz der krainischen Industriegesellschaft, als der gegenwärtigen Eigenthümerin des größten Theiles der ehemaligen Herrschaft Belbes. Der Generaldirector der ersteren, Herr Karl Rudmann, war so freundlich, die für die Geschichte unseres Landes in mancher Hinsicht sehr interessante und überdies auch durch ihr Alter seltene Urkunde dem krainischen Landesmuseum gegen Revers zur Aufbewahrung zu übergeben. Kaiser Heinrich II., genannt der Heilige, von welchem sie herkommt, regierte vom Jahre 1002 bis 1024 und war der Gründer des Erzbisthums Bamberg. — Das vorstehende Document bildet gegenwärtig die weitaus älteste Urkunde unseres Museums. Das nächstälteste Stück, welches unser Museum besitzt, stammt aus dem 13. Jahrhunderte und betrifft die Beilegung einer vieljährigen Fehde, welche zwischen der Familie Scharfberg in Unterkrain und dem damaligen Abte des Klosters zu Sittich bestand. Der Abt von Sittich bestätigte in diesem Documente, daß die Familie Scharfberg die verlangte kirchliche Buße geleistet und dem Stifte fünf Hufen geschenkt habe, wodurch der Fehdezustand als beendet erklärt wird. — Gewiss finden sich in Krain noch so manche geschichtlich merkwürdige Actenstücke im Privatbesitze, deren Eigenthümer keinen besonderen Wert darauf legen, während sie im Landesmuseum zweifelsohne weit besser verwahrt und auch der allgemeinen Benützung leichter zugänglich gemacht wären.

— (Beginn der Bauaison.) Vorgestern wurde in Laibach die Frühjahr-Bauaison eröffnet. Mit dem Neubau des Palais in der Weethovengasse sowie mit dem Ausbau des entlang der Knaffgasse stehenden Zubaus zum Postgebäude wurde bereits begonnen; auch auf dem Bauplatze des neuen städtischen Centralbahnhofes entwickelt sich schon eine rege Thätigkeit. Hoffentlich werden die Arbeiten durch den gestern eingetretenen Witterungs- und Temperaturrückschlag nicht lange behindert sein.

— (Im Wocheiner See ertrunken.) Der 18jährige Bauernburche Johann Silar von Althammer und die beiden Mädchen Francisca Pilon von Studorf und Josefa Sredkar von Althammer giengen am 1ten d. M. vormittags über den noch zugefrorenen Wocheiner See von der Kirche zum heil. Geist nach Hause. An einer vom Ufer ziemlich entfernten Stelle brach das Eis unter den beiden Mädchen ein und dieselben sanken halb unter die Eisede. Der sie begleitende Bursche eilte auf das hin den beiden Mädchen zuhülfe, versank jedoch ebenfalls und verschwand unter dem Eise, während die beiden Mädchen von mehreren mittlerweile zuhülfe gekommenen Leuten durch vorgelegte Bretter gerettet wurden. Der verunglückte Bursche wurde jedoch erst nach vierstündigem Suchen als Leiche aus dem vom Eise befreiten Wasser gezogen.

— (Zoll-Aufgeld.) Für den Monat April d. J. wurde vom Finanzministerium festgesetzt, daß in denjenigen Fällen, in welchen bei Zahlung von Böllen und Nebengebühren, dann bei Sicherstellung von Böllen statt des Golbes Silbermünzen zur Verwendung kommen, ein Aufgeld von 16 Procent in Silber zu entrichten ist.

— (Fahrtpostsendungen ohne Wertangabe.) Für Fahrtpostsendungen, bei welchen eine Angabe des Wertes nicht stattgefunden hat, ist kein Wertporto zu entrichten. Für Sendungen ohne Wertdeclarationen im internen Verkehre Oesterreich-Ungarn wird im Falle des Verlustes oder im Falle eines Abganges an denselben ein Ersatz von 1 fl. 50 kr. für jede abhanden gekommenen oder abgängigen 500 Gramm oder

